

Fall 2: Damenmäntel

Originalfall aus einer Anfängerklausur, Bearbeitungszeit 30 Minuten

Sachverhalt

Vogel (V) hat dem Einzelhändler Kaiser (K) per E-Mail, die am 26.05. (einem Montag) nachmittags auf dem Server des K eingegangen ist, ein verbindliches Angebot über den Kauf von 200 Damenmänteln gemacht. In der E-Mail des V heißt es:

„Wegen der großen Nachfrage empfehlen wir eine baldige Bestellung.“

Mit einem am 27.05. zur Post gegebenen Brief gibt K die Bestellung auf. Dieser Brief wird am frühen Morgen des 28.05. in der Hauptpost in das Postfach des V gelegt und am selben Tag gegen 8.30 Uhr von einem Auszubildenden (Azubi) des V abgeholt. V liest den Brief aber erst am Freitag, weil er am Mittwoch und Donnerstag einen Messebesuch unternommen hat. Da V aufgrund der Vielzahl von Bestellungen nicht alle Kunden beliefern kann, teilt er K mit, dass er *„leider nicht beliefert werden könne, weil die Annahme nicht rechtzeitig erfolgt sei“*. K möchte wissen, ob seine Annahme tatsächlich nicht rechtzeitig erfolgt ist.

Arbeit am Sachverhalt

Da im Sachverhalt mehrere Daten enthalten sind, ist es trotz der knappen Bearbeitungszeit sinnvoll, eine kleine Aufstellung zu machen:

- 26.05. (Montag) E-Mail V an K mit verbindlichem Angebot: Kauf von 200 Damenmänteln; baldige Bestellung empfohlen; Eingang auf Server des K nachmittags
- 27.05. (Dienstag) Abgabe der Bestellung des K bei der Post
- 28.05. (Mittwoch) Bestellung K im Postfach des V, Abholung 8.30 Uhr durch den Azubi
- 30.05. (Freitag) V liest Brief, da Mittwoch und Donnerstag Messebesuch
Frage: Ist die Annahme rechtzeitig erfolgt?

Allgemeine Vorüberlegungen zur Lösung

Wie bei jeder Klausuraufgabe ist zunächst zu ermitteln, welche Frage bearbeitet werden soll. Die Aufgabe ergibt sich hier – wie auch sonst sehr oft – aus dem letzten Satz der Aufgabenstellung: Danach möchte K wissen, ob seine Annahme rechtzeitig erfolgt ist. Nicht mehr und nicht weniger!

Bitte beachten Sie, dass nur die gestellte Frage zu beantworten ist. Es ist also **nicht** zu prüfen, ob V und K einen wirksamen **Kaufvertrag** geschlossen haben oder ob K einen **Anspruch auf die Lieferung** der Damenmäntel gegen V hat (dies wären allerdings die Rechtsfolgen einer rechtzeitigen Annahme!). Damit „funktioniert“ der „berühmte“ Satz „Wer will was von wem woraus?“ hier nicht. Außerdem wird keine Anspruchsgrundlage benötigt, da nicht nach einem Anspruch gefragt wird.

Deshalb sind Ausführungen dazu, wie ein Kaufvertrag zustande kommt, was ein Angebot und was eine Annahme ist, in diesem Fall **überflüssig**. Auch wenn sie alle diese Fragen ohne Weiteres beantworten könnten: Lassen Sie es! Nicht gestellte Fragen sollen auch nicht beantwortet werden. Für überflüssige Ausführungen gibt es im Übrigen keine Pluspunkte, auch wenn sie richtig sind. Im Gegenteil: Solche Ausführungen erregen eher den Unmut des Prüfers, weil sie zeigen, dass der Prüfling nicht „zum springenden Punkt“ kommt. Manche Prüfer stufen überflüssige Ausführungen ohne lange nachzudenken als falsch ein und nehmen Abzüge vor! Auch wegen der knappen Zeit, die in der Klausur zur Verfügung steht (hier sind es nur 30 Minuten!!!), ist es unbedingt erforderlich, sich ausschließlich auf die **gestellte Frage zu konzentrieren**.

Auch wenn keine Anspruchsgrundlage erforderlich ist, sollte (besser muss) die Prüfung, wenn dies möglich ist, mit einer Vorschrift aus dem BGB beginnen, die eine Aussage dazu trifft, bis zu welchem Zeitpunkt eine Annahme rechtzeitig erfolgen kann. Dabei ist, selbst wenn es nicht um einen Anspruch geht, auch hier nach der **NDS-Methode** vorzugehen¹.

Besondere Vorüberlegungen zur Lösung

Zur Rechtzeitigkeit der Annahme gibt es im BGB drei Regelungen: § 147 Abs. 1, Abs. 2 BGB und § 148 BGB. Die erste Aufgabe besteht darin, die für unseren Fall richtige Vorschrift zu finden. Dabei ist davon auszugehen, dass § 148 BGB als spezielle Norm beide Absätze der allgemeinen Vorschrift (§ 147 BGB) verdrängt. § 147 BGB kommt also nur zur Anwendung, wenn kein Fall des § 148 BGB vorliegt. Deshalb ist mit § 148 BGB zu beginnen.

- **§ 148 BGB** wäre maßgeblich, wenn V dem K eine **Annahmefrist** gesetzt hätte, zum Beispiel „bis zum 31.05.“ oder „innerhalb einer Woche“. Hier wird nur eine „baldige Bestellung“ empfohlen, aber keine bestimmte Frist gesetzt. Damit scheidet § 148 BGB aus.
- **§ 147 Abs. 1 BGB** betrifft die Annahme eines **unter Anwesenden** abgegebenen Angebots. Hier hat V das Angebot per E-Mail gemacht. Eine E-Mail ist keine dem Telefon gleichgestellte „sonstige technische Einrichtung“ im Sinne des § 147 Abs. 1 S. 2 BGB, weil im Mailverkehr keine *unmittelbare* Kommunikation von

¹ Vgl. S. 4 und S. 17 f. im Lehrbuch.

„Person zu Person“ stattfindet. Deshalb ist § 147 Abs. 1 BGB nicht maßgeblich. Es verbleibt § 147 Abs. 2 BGB.

- Für die Rechtzeitigkeit der Annahme nach § 147 Abs. 2 BGB kommt es darauf an, bis zu welchem Zeitpunkt der Antragende den Eingang der Antwort (gemeint ist die Annahmeerklärung) unter regelmäßigen Umständen erwarten darf.

Diese Frage lässt sich nur dann überzeugend und nachvollziehbar beantworten, wenn zunächst abstrakt **definiert** wird, wie lang die Frist ist (**Definition**). Danach ist zu untersuchen, ob die Annahme des K innerhalb dieser Frist erfolgt und wirksam geworden ist (**Subsumtion**). Das Wirksamwerden einer Willenserklärung unter Abwesenden richtet sich nach § 130 Abs. 1 BGB. Hier muss zunächst der Begriff des **Zugangs** (abstrakt) definiert werden, anschließend ist zu **subsumieren** (liegt *hier* ein Zugang innerhalb der Frist vor?). Für den Zugang von elektronischen Erklärungen gibt es eine besondere Regelung in § 312i Abs. 1 S. 2 BGB.

Bei der folgenden Lösung sind zu Übungszwecken die Buchstaben **N**, **D** und **S** jeweils vor die Absätze gesetzt worden. In eine Klausur gehört eine solche Aufzählung **nicht** hinein!

- N** wie **Nennen** des Prüfungspunktes, etwa eines Tatbestandsmerkmals (zum Beispiel „Angebot“ oder „rechtzeitige Annahme“) oder eines Paragraphen,
- D** wie **Definieren**/beschreiben des Prüfungspunktes: **Abstrakte Beschreibung**, noch ohne Bezug zum Sachverhalt,
- S** wie **Subsumieren**: Anwendung auf den konkreten Fall: Ist der Prüfungspunkt/das Tatbestandsmerkmal im **konkreten** Fall erfüllt?

Ausführlicher Lösungsvorschlag²

- N Einleitung:** Es ist zu untersuchen, ob die Annahme des K *rechtzeitig* erfolgt ist.
- D** Die Annahme ist rechtzeitig, wenn sie innerhalb der Annahmefrist erfolgt ist. Regelungen zur Annahmefrist finden sich in § 147 Abs. 1, Abs. 2 BGB und in § 148 BGB.
- N** Die Frist könnte nach § 148 BGB zu bestimmen sein.
- D** § 148 BGB kommt zur Anwendung, wenn derjenige, der das Angebot gemacht hat („der Antragende“), dem anderen eine **Annahmefrist** gesetzt hat, zum Beispiel „*Annahme bis zum 31.05.*“ oder „*Annahme innerhalb einer Woche nach Zugang des Angebots*“.
- S** Hier hat der Antragende, also V, nur eine „*baldige Bestellung*“ empfohlen, dem K aber keine Annahmefrist gesetzt. Damit liegt kein Fall des § 148 BGB vor.

² Eine so ausführliche Lösung wird in einer Klausur nicht erwartet!

- N** V hat sein Angebot per E-Mail und damit nach § 147 Abs. 1 S. 2 BGB eventuell unter Anwesenden unterbreitet, sodass sich die Frist aus § 147 Abs. 1 S. 1 BGB ergeben könnte.
- D** Eine E-Mail ist jedoch keine dem Telefon gleichgestellte „sonstige technische Einrichtung“ im Sinne des § 147 Abs. 1 S. 2 BGB, weil beim E-Mail-Verkehr keine unmittelbare Kommunikation von „Person zu Person“ stattfindet.
- S** Damit scheidet auch § 147 Abs. 1 BGB, der nur für Angebote unter *Anwesenden* gilt, aus.
- N** Zu prüfen ist deshalb § 147 Abs. 2 BGB.
- D** Nach dieser Vorschrift kann der einem Abwesenden gemachte Antrag nur bis zu dem Zeitpunkt angenommen werden, in welchem der Antragende den Eingang der Antwort unter regelmäßigen Umständen erwarten darf. Diese Frist setzt sich zusammen aus der Zeit für den **Transport** und für den Zugang des Antrags (Phase 1), einer **Überlegungs-** und Bearbeitungszeit des Empfängers (Phase 2) und der Zeit für den **(Rück-)Transport** und den Zugang der Annahmeerklärung (Phase 3). Es gilt die „**TÜR-Formel**“ (**T**ransport + **Ü**berlegung + **R**ücktransport = Annahmefrist)³.

Dabei wird für die **Berechnung der Frist** davon ausgegangen, dass für den Transport der Annahme ein gleich schnelles Mittel wie für den Antrag genutzt wird. Das bedeutet: Wenn das Angebot per Fax oder E-Mail erfolgt, wird die dafür erforderliche (kurze) Zeit bei der Berechnung der Frist auch für die Übermittlung der Annahme in Ansatz gebracht. Verzögerungen in der Phase des Rücktransports können aber durch Beschleunigungen in der Überlegungs- und Bearbeitungsphase ausgeglichen werden. Entscheidend ist nämlich die **Gesamtzeit**.

- S** Zu klären ist, bis zu welchem Zeitpunkt V den Eingang einer Annahmeerklärung (Bestellung) erwarten durfte, wie lange er mit dem Zugang der Annahme rechnen musste. Dafür ist zunächst die Frist für den Transport bis zum Zugang des Angebots bei K zu bestimmen. Eine E-Mail gilt nach § 312i Abs. 1 S. 2 BGB als zugegangen, wenn die Partei, für die sie bestimmt ist, sie unter gewöhnlichen Umständen abrufen kann. Zur reinen Transportzeit, die bei einer E-Mail oft nur wenige Sekunden beträgt, ist die Zeit bis **zur erwarteten Kenntnisnahme** des Inhalts der E-Mail hinzuzurechnen. Auch wenn der Empfänger im Rechtsverkehr mit einer E-Mail-Adresse auftritt, reicht es nicht aus, dass die E-Mail auf seinem Server oder dem seines Providers abrufbar gespeichert ist⁴.

Im Hinblick auf die für die Kenntnisnahme anzusetzende Zeit ist auf die Gepflogenheiten des geschäftlichen Verkehrs abzustellen. Danach ist damit zu rechnen, dass bei Unternehmen, die per E-Mail arbeiten, während der Geschäftszeit eingehende E-Mails schnell gelesen werden. Anzusetzen sind

³ Vgl. S. 32 im Lehrbuch.

⁴ So aber Palandt/Ellenberger, Bürgerliches Gesetzbuch, § 130 Rn. 7a.

deshalb für die Kenntnisnahme insgesamt etwa ein bis höchstens drei Stunden⁵. Für die Berechnung der Annahmefrist folgt aus der Verwendung der E-Mail, dass für den Transport und die Kenntnisnahme der **Annahmeerklärung** ebenfalls nur ein bis drei Stunden anzusetzen sind (gleich schnelles Transportmittel). Dies ergibt für den Transport und die Kenntnisnahme von Angebot und Annahme zusammen ca. zwei bis sechs Stunden, also etwa einen halben Geschäftstag.

- N** Die Länge der Annahmefrist wird im Falle der Nutzung einer E-Mail als schnelles Kommunikationsmittel in erster Linie durch die Länge der **Überlegungs- und Bearbeitungszeit** bestimmt.
- D** Diese Frist kann nicht allgemein und für alle Geschäftsfälle einheitlich festgelegt werden, sondern richtet sich nach den **Umständen des Einzelfalls**. Es kommt zum Beispiel darauf an, ob der Empfänger Unternehmer ist und welchen Inhalt das Angebot hat. Wenn der Abschluss eines großen und riskanten Geschäfts angeboten wird, bei dem vielleicht Nachforschungen, steuerliche Auskünfte oder eine Fremdfinanzierung erforderlich sind, ist die Frist länger als bei Angeboten, die auf den Abschluss von kleinen, überschaubaren Verträgen gerichtet sind. Von Bedeutung ist auch, ob eine verderbliche Ware angeboten wird (Fleisch, Obst) oder eine Ware, die keinem Verderb ausgesetzt ist.
- S** Hier dürfte nach dem Inhalt des Angebots (Kauf von 200 Damenmänteln) und den Umständen (geschäftlicher Verkehr) eine Überlegungs- und Bearbeitungszeit von zwei bis drei Werktagen angemessen sein. Der Umstand, dass V eine „*baldige Bestellung empfohlen*“ hat, zeigt zwar, dass es sinnvoll ist, schnell zu reagieren, führt aber nicht dazu, dass die Frist weniger als zwei bis drei Tage beträgt. Hinzuzurechnen sind die zwei bis sechs Stunden für den Transport von Angebot und Annahme, sodass sich die Frist auf *mindestens* zweieinhalb Tage beläuft (zwei bis sechs Stunden für Transport und Rücktransport plus zwei Tage Überlegungszeit).
- N** Die Annahmeerklärung des K ist deshalb auf jeden Fall rechtzeitig, wenn sie innerhalb von zweieinhalb Tagen, gerechnet ab Montagnachmittag, bei V eingegangen ist.
- D** Mit dem Begriff „Eingang“ in § 147 Abs. 2 BGB ist gemeint, dass die Annahmeerklärung **zugehen** muss. Da K die Annahme per Brief schickt, findet § 312i Abs. 1 S. 2 BGB keine Anwendung, vielmehr gilt § 130 BGB, der aber einen ganz ähnlichen Inhalt hat. Eine Willenserklärung unter Abwesenden ist nach § 130 Abs. 1 S. 1 BGB zugegangen, wenn sie
- in den **Machtbereich des Empfängers** gelangt ist,
 - der Empfänger unter **normalen Verhältnissen** die Möglichkeit hat, vom Inhalt der Erklärung Kenntnis zu nehmen **und**

⁵ Bitte beachten Sie, dass es eine eindeutig „richtige“ Lösung nicht gibt. Weder ist eine mathematisch exakte Bestimmung möglich, noch kann auf empirisch gesichertes Wissen zurückgegriffen werden. Also muss eine Annahme getroffen werden. Sicherlich könnte man auch von vier Stunden ausgehen, vielleicht auch von nur ein bis zwei Stunden. Alle diese Lösungen sind vertretbar.

- nach der Verkehrsanschauung **mit einer Kenntnisnahme** zu rechnen ist.
- Außerdem darf kein vorheriger oder gleichzeitiger Widerruf erfolgen (§ 130 Abs. 1 S. 2 BGB).

Eine schriftliche Willenserklärung ist in den **Machtbereich** gelangt, sobald der Empfänger Zugriff auf sie hat.

- S** Der Brief mit der Annahmeerklärung des K ist am frühen Morgen des 28.05. in der Hauptpost in das **Postfach** des V gelegt worden. Damit ist die Erklärung in den Machtbereich des V gelangt, sobald V nach Öffnung des Postgebäudes den Brief abholen konnte. Dies war spätestens der Fall, als der Azubi das Schreiben um 8.30 Uhr auch tatsächlich abgeholt hat.
- D** Für den Zugang einer Willenserklärung muss hinzukommen, dass der Empfänger unter Zugrundelegung normaler Verhältnisse die Möglichkeit hat, vom Inhalt der Erklärung Kenntnis zu nehmen, **und** dass nach der **Verkehrsanschauung** mit einer **Kenntnisnahme zu rechnen** ist. Diese Voraussetzung ist erfüllt, sobald aufgrund der konkreten Umstände des Falls damit zu rechnen ist, dass die Willenserklärung gelesen wird. Bei schriftlichen Erklärungen im geschäftlichen Verkehr ist dies noch am selben Arbeitstag der Fall, sofern die Erklärung während der üblichen Geschäftszeiten im Unternehmen eintrifft.
- S** Hier war damit zu rechnen, dass die eingehende Post noch am Vormittag desselben Tages (Mittwoch, 28.05.), spätestens aber im Laufe des frühen Nachmittags durch V oder einen Vertreter des V gelesen würde. Die Abwesenheit des V steht dem nicht entgegen, da von **normalen Verhältnissen** auszugehen ist. Wenn V nicht zur Messe gefahren wäre, hätte er die Möglichkeit gehabt, schon am Mittwoch die Bestellung zu lesen. Mit einer Kenntnisnahme an diesem Tag war auch zu rechnen. Deshalb ist die Bestellung nach § 130 Abs. 1 S. 1 BGB im Laufe des Mittwochs und damit zwei Tage nach Zugang des Angebots (Montagnachmittag) bei V zugegangen. Der Zugang erfolgte also innerhalb der mindestens zweieinhalb Tage langen Annahmefrist.
- N** Dem V darf kein vorheriger oder gleichzeitiger Widerruf des K vorliegen (§ 130 Abs. 1 S. 2 BGB).
- D** Ein Widerruf ist eine Mitteilung, dass eine Willenserklärung, zum Beispiel ein Angebot oder eine Annahme, nicht mehr gelten soll.
- S** K hat keinen Widerruf erklärt.

Ergebnis: Da die Annahmefrist mindestens zweieinhalb Tage betrug und die **Annahme** innerhalb von zwei Tagen zugegangen ist, ist sie **rechtzeitig** erfolgt.

Hinweis

Damit ist die gestellte Frage, ob die Annahme *rechtzeitig* erfolgt ist, beantwortet. Weitere Ausführungen sind nicht nur nicht erforderlich, sondern schlicht überflüssig.

Insbesondere muss nicht hinzugefügt werden, dass V und K einen Kaufvertrag geschlossen haben und dass K deshalb die Lieferung der Mäntel nach § 433 Abs. 1 BGB verlangen kann. Also lassen Sie diese Ausführungen bitte weg!

Vorschlag für eine Klausurlösung⁶

Es ist zu prüfen, ob die Annahme des K innerhalb der Annahmefrist und damit rechtzeitig erfolgt ist. Dies richtet sich nach § 147 Abs. 1, § 147 Abs. 2 oder § 148 BGB.

§ 148 BGB setzt voraus, dass der Antragende dem anderen Teil eine Frist für die Annahme gesetzt hat. Das ist hier nicht der Fall, weil V zwar eine „baldige Bestellung“ empfohlen, aber keine konkrete Annahmefrist genannt hat.

§ 147 Abs. 1 BGB ist maßgeblich, wenn ein Angebot unter Anwesenden erfolgt, wozu nach § 147 Abs. 1 S. 2 BGB auch telefonische Angebote gehören. Voraussetzung ist dabei eine unmittelbare Kommunikationsmöglichkeit, die bei einer E-Mail indes nicht besteht. § 147 Abs. 1 BGB scheidet damit ebenfalls aus.

Nach dem für Angebote unter Abwesenden und damit hier maßgeblichen § 147 Abs. 2 BGB kommt es darauf an, bis zu welchem Zeitpunkt der Antragende (V) unter regelmäßigen Umständen mit einer Annahmeerklärung des K rechnen musste. Hierfür gilt die „TÜR-Formel“: Die Annahmefrist setzt sich zusammen aus der Zeit

- für die Übermittlung (**T**ransport) des Angebots und der Kenntnisnahme durch den Empfänger,
- der **Ü**berlegungs- und Bearbeitungszeit des Empfängers und
- der Zeit für die Übermittlung der Annahmeerklärung (**R**ücktransport). Wenn der Antragende ein schnelles Transportmedium für das Angebot benutzt, darf er erwarten, dass der Empfänger ebenfalls ein schnelles Transportmedium für die Annahme einsetzt.

Die von V geschickte E-Mail gilt nach § 312i Abs. 1 S. 2 BGB als zugegangen, sobald K sie unter gewöhnlichen Umständen abrufen kann. Zur reinen Transportzeit, die bei einer E-Mail oft nur wenige Sekunden beträgt, ist die Zeit bis zur erwarteten Kenntnisnahme des Inhalts der E-Mail hinzuzurechnen. Hierbei ist auf normale Umstände und auf die Gepflogenheiten des geschäftlichen Verkehrs abzustellen. Danach kann V erwarten, dass K das während der Geschäftszeit eingehende Angebot innerhalb von ein bis höchstens drei Stunden zur Kenntnis nimmt und sodann für die Antwort ein ähnlich schnelles Transportmedium benutzt. Das ergibt für den Transport von Angebot und Annahme ca. zwei bis sechs Stunden, also etwa einen halben Tag.

⁶ Diese Lösung verzichtet auf die Darstellung des NDS-Schemas, das ihr aber zugrunde liegt.

Damit verkürzt sich die Annahmefrist im Wesentlichen auf den Zeitraum, den K benötigt, um eine Entscheidung über den Kauf zu treffen und die Bestellung aufzugeben. Aufgrund der Umstände (Kauf von 200 Damenmänteln im geschäftlichen Verkehr) ist davon auszugehen, dass die Frist mindestens zwei Werktage beträgt. Auch wenn V eine baldige Bestellung empfohlen hat, kann er nicht erwarten, dass K seine Bestellung in noch kürzerer Zeit aufgibt. Die Frist beträgt damit insgesamt *mindestens* zweieinhalb Tage.

Für die Rechtzeitigkeit der Annahmeerklärung kommt es nach § 147 Abs. 2 BGB darauf an, wann diese Erklärung bei V eingegangen ist. Mit Eingang ist dabei der *Zugang* nach § 130 Abs. 1 BGB gemeint. Eine Willenserklärung ist zugegangen, wenn sie in den Machtbereich des Empfängers gelangt *und* unter normalen Verhältnissen mit einer Kenntnismahme zu rechnen ist. *Außerdem* darf kein vorheriger oder gleichzeitiger Widerruf zugehen.

In den Machtbereich des V ist die Bestellung *spätestens* gelangt, als der Azubi nach dem Gang zur Post den Betrieb erreichte⁷. Da V Unternehmer ist, war damit zu rechnen, dass die Bestellung noch am Vormittag oder jedenfalls im Laufe des Tages von V oder einem Vertreter des V gelesen würde. Der Umstand, dass V sich für einige Tage auf einer Messe befand, hat keine Bedeutung, weil auf normale Verhältnisse in einem kaufmännisch eingerichteten Unternehmen abzustellen ist. Da K seine Annahmeerklärung auch nicht gemäß § 130 Abs. 1 S. 2 BGB widerrufen hat, ist sie am 28.05. und damit innerhalb der (mindestens) zweieinhalb Tage langen Annahmefrist zugegangen.

Ergebnis: Die Bestellung ist nach § 130 Abs. 1 S. 1 BGB im Laufe des Mittwochs, also etwa zwei Tage nach Eingang des Angebots (Montagnachmittag) und damit innerhalb der (mindestens) zweieinhalb Tage betragenden Annahmefrist bei V zugegangen. Also ist die Annahme rechtzeitig erfolgt.

⁷ In diesem Punkt unterscheidet sich die Lösung von der ausführlichen Lösung, allerdings ohne dass sich der Unterschied auf das Ergebnis auswirkt.